

Armen zuständig waren; durch den Schub (einen bewachten Polizeitransport) wurden diese z.T. über weite Entfernungen hin ihrer Heimatgemeinde zwangsweise zugeführt.

Nach diesen umfangreichen systematischen Abhandlungen folgen regionale Fallstudien, die sich allerdings auch exemplarisch bestimmten systematischen Teilbereichen zuwenden: Andrea Geselle behandelt „Bewegung und ihre Kontrolle in Lombardo-Venetien“. Neben der Kontrollfunktion des Paßwesens auch in sozialer Hinsicht ist hier, ebenso wie im folgenden Text von Svjatoslav Pachoľkiv über das „Werden einer Grenze“ in Galizien, von den Modalitäten der Grenzüberschreitungen die Rede. Am galizischen Beispiel werden vor allem auch die Probleme der Neufestlegung von Grenzen behandelt, die viel später, im frühen 20. Jh., so wichtig werden sollte. Zdenka Stoklásková dreht anschließend thematisch den Spieß um: In ihrem Beitrag „Fremdsein in Böhmen und Mähren“ geht es nicht um das Verhältnis des Einheimischen, Heimatberechtigten zu den Grenzen des Staates, sondern um die Möglichkeiten und die geltenden Beschränkungen für Fremde, in diesen Staat, d.h. hier in die böhmischen Länder, hineinzukommen. Dabei erstaunt die Vielzahl von Kategorien, nach denen die „Fremden“ je unterschiedlich behandelt wurden.

Es folgen noch zwei nicht ganz so umfangreiche Fallstudien: Pavel Cibulka untersucht eine bestimmte Herrschaft, die Liechtensteinische im östlichen Mähren, mit Grenzen ins „Kaiserliche“, aber auch nach Ungarn. Liechtensteinische Untertanen benötigten zum Grenzübertritt ihrer Herrschaft einen Passierschein oder Paß, die Mobilität wurde durch das Patent von 1781 deutlich verbessert; im 19. Jh. wurde die ungarische Grenze oft zur Flucht vor Konskription genutzt. Die March, die einen Teil dieser Grenze bildete, war 1831 aber auch Sanitätsgrenze gegen die Cholera.

Der kürzeste Beitrag ist der von Milan Hlavačka und Jan Němec über Paßerteilung in der Herrschaft Böhmisches-Kamnitz, die weitgehend deutsch besiedelt war. Durch die gemeinsame Auswertung eines Tagebuchfundes und der dazugehörigen Paßakten konnte die Paßgeschichte einer Einzelperson von den Autoren anschaulich rekonstruiert werden. Hinter den Regionalstudien verbirgt sich am Schluß noch eine grundsätzliche Abhandlung von Andrea Komlosy über „ökonomische Grenzen“. Hier wird u.a. die Bedingtheit der Entstehung von reichsweiter Zentren- und Peripheriebildung durch die zunehmende Aufhebung von Binnengrenzen beleuchtet.

Der vorliegende Band, dessen Pionierleistung hier nur punktuell angedeutet werden konnte, wird in seiner bemerkenswerten typographischen Schönheit ein wenig dadurch beeinträchtigt, daß etliche Tabellen und Karten (oft ohne Notwendigkeit) bis an die untere Sichtbarkeitsgrenze verkleinert worden sind; mit Lupe ist aber alles gut lesbar. Doch dies (sowie die Vertauschung der Vor- und Nachsatzpapiere wie auch einige Fehler im Lateinischen und Tschechischen) vermag die hohe Qualität des richtungweisenden Bandes keinesfalls zu mindern.

Marburg/Lahn

Hans Lemberg

Facing the Nazi Genocide. Non-Jews and Jews in Europe. Hrsg. von Beate Kosmala und Feliks Ty ch. Metropol-Verlag. Berlin 2004. 290 S. (€ 18,-)

Der zwölf Beiträge enthaltende Sammelband ist als Einführung in eine vergleichende Betrachtung der Judenverfolgung in den von NS-Deutschland oder seinen Verbündeten beherrschten bzw. besetzten Gebieten gedacht. Berücksichtigt werden Deutschland, Polen, Teile der westlichen ehemaligen Sowjetunion, Rumänien, die Slowakei und Ungarn sowie in Westeuropa die Niederlande, Belgien und Frankreich. Dabei wird (abgesehen von Deutschland) angestrebt, den Grad ‚innerer‘ – einheimischer – Eigeninitiative und ‚äußerer‘ nationalsozialistischer/deutscher Einflußnahme bei der Judenverfolgung genauer zu bestimmen.

Feliks Ty ch skizziert angesichts des Genozids die in der polnischen Gesellschaft virulenten, von starkem Antisemitismus und Verschwörungsvorstellungen vom „jüdischen Bolschewismus“ geprägten Einstellungen. Die Lage in Jedwabne und Umgebung unterschied sich allerdings nicht dadurch vom Rest des Landes, daß hier Polen an der Gefangennahme und an Tötungen von jüdischen Mitmenschen aktiv teilnahmen – denn dazu kam es auch an vielen anderen Orten. Die Pogrome hatten vielmehr den Charakter eines – von den NS-Besatzern geduldeten und erwünschten – kollektiven antijüdischen Gewaltausbruchs, dem in zwei Kleinstädten Hunderte und in über 20 weiteren Orten jeweils bis zu einigen Dutzend Menschen zum Opfer fielen. Laut Aussage des Vf.s beruhen seine Ausführungen v.a. auf der Analyse von 500 (sic) Tagebüchern und Zeugenberichten (S. 87). Doch werden seine daraus gewonnenen Befunde über das Verhältnis von Juden und Nichtjuden hier empirisch nicht aufbereitet, und sie fließen in seine Untersuchung kaum ein: Die angeführten Belege sind fast alle seit längerem aus der einschlägigen Literatur bekannt.

Daniel Blatman läßt Aussagen der zwischen 1940 und 1942 erschienenen polnischen Untergrundpresse zur „jüdischen Frage“ (*Jewish issue*) Revue passieren. Dabei belegen Zitate aus Organen verschiedener politischer Richtungen, daß die Rechte an antijüdischen Einstellungen festhielt, während Sozialisten und ein Teil der politischen Mitte die beginnende Katastrophe der polnischen Juden gelegentlich als solche thematisierten. Allzu wenig erfährt man indes über den Hintergrund dieser Stellungnahmen aus dem Widerstand: etwa über Herkunft und Organisation der Blätter, ihre Mitarbeiter oder auch ihr allgemeines Themenrepertoire. B. glaubt, seit dem Warschauer Getto-Aufstand (April/Mai 1943) habe die Untergrundpresse „mit weit stärkerem Nachdruck ihre Solidarität und Identifikation mit den Juden zum Ausdruck gebracht“ (S. 116). Zu einem solchen Schluß kann allerdings nur kommen, wer jene Worte, die den Kampfesmut und die Leidensbereitschaft der Aufständischen löblich anerkennen, ablöst und isoliert betrachtet vom Gesamtdiskurs über ‚die Juden‘ in den Jahren 1943 und 1944. Tatsache ist zudem, daß der Impuls, auf der gesellschaftlichen Ebene Solidarität zu üben, einer rapide um sich greifenden Einengung unterlag, die ethnischen Abgrenzungen folgte.

Die Haltung gegenüber den Juden in zwei nördlichen und östlichen Grenzregionen Rumäniens (Bukowina und Bessarabien) vergleicht Mariana Hausleitner. Christoph Dieckmann befaßt sich mit der „Rolle der Litauer im Holocaust“. Die Lage dort war in den Wochen nach dem Angriff NS-Deutschlands auf die Sowjetunion von einem antijüdischen Vernichtungsturm gekennzeichnet, an dem sich Teile der litauischen Bevölkerung beteiligten. Vor allem Polizisten fungierten dabei als Erfüllungsgehilfen der – wie D. sich ausdrückt – „deutschen Idee des Massenmordes an den Juden“ (S. 161). Insbesondere nahmen Litauer aber Anteil an der Beraubung von Juden, auf deren Besitz sie ein Anrecht zu haben glaubten. Zugleich gab es in Litauen eine außergewöhnlich große Zahl von Menschen, die Juden halfen und durch deren mutige Taten einigen tausend, das heißt einem kleinen Bruchteil, das Überleben ermöglicht wurde.

Ilya Altman gibt einen zahlengesättigten Überblick zum NS-Judenmord auf dem Territorium der Russischen Föderation (der früheren RSFSR). Es handelt sich hier um Gebiete, in denen die Besatzung relativ kurz währte und die jüdische Bevölkerung zu einem großen Teil geflohen oder rechtzeitig evakuiert worden war. Angesprochen werden die aggressive antijüdische NS-Propaganda in russischer Sprache, das Verfahren der Identifizierung und Registrierung der jüdischen Bevölkerung und nicht zuletzt der sehr unterschiedliche Zuschnitt der sog. Gettos. Einheimische Polizisten unterstützten die Besatzer bei ihrem Vernichtungswerk; die nichtjüdische Bevölkerung insgesamt wurde durch drakonische Kapitalstrafen und Kollektivhaftung unter Druck gesetzt, Juden keine Hilfe zu erteilen. Vor dem Hintergrund des bis 1918 im Zarenreich verbreiteten Antisemitismus mag es überraschen, daß es in Rußland – anders als in den traditionellen jüdischen Siedlungsgebieten weiter westlich – 1941 keine von einheimischen Nichtjuden begangenen („Volks“-)Pogrome gab (S. 203).

Eduard Nižňanský faßt die Judenverfolgung in der Slowakei¹ unter dem Blickwinkel des slowakischen Eigeninteresses an einer Abschiebung und Vertreibung der als fremd und feindsinnig empfundenen (ost)jüdischen Bevölkerung zusammen. Dies kam auffallend darin zum Ausdruck, daß die slowakische Regierung bei der Deportation mehrerer zehntausend – schon enteigneter und größtenteils verarmter – Juden ins Generalgouvernement deutschen Stellen für jeden der in die Vernichtung Verschickten 500 Reichsmark bezahlte. Nutznießer der „Arisierungen“ sollte vor allem eine sich herausbildende „nationale“ bürgerliche Mittelschicht sein, tatsächlich erfolgte der Übergang jüdischen Besitzes in die Hände nichtjüdischer Nachbarn jedoch allzu häufig durch bloße Ausplünderung und Diebstahl. Einen ähnlichen Charakter hatte die innerhalb weniger Monate durchgeführte, von Korruption und einem erschreckenden Verfall bürgerlicher Moralvorstellungen begleitete „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Ungarn – wobei es allerdings um ungleich größere Vermögenswerte ging. Gleich zwei Beiträge widmen sich aufgrund von Archivmaterialien und heimischer Literatur diesen Zusammenhängen zwischen rassistischem Antisemitismus und Enteignung und Beraubung einer weitgehend akkulturierten Judenheit. Mit „the Hungarian contribution to the Holocaust“ befaßt sich zunächst Krisztian Ungváry in einem Überblick von der antijüdischen Gesetzgebung über die ökonomische Ausplünderung jüdischer Bürger und ihre Isolierung bis hin zu ihrer Gettoisierung und Deportation nach Auschwitz, der im Frühjahr und Sommer 1944 in wenigen Wochen über 400 000 Menschen zum Opfer fielen. U. kommt zu dem Schluß, „that the Hungarian government proceeded with the execution of anti-Semitic measures even more consistently and radically than the German state itself“; zudem hätten noch nach dem Abzug der deutschen Truppen – ähnlich wie in Polen – zahlreiche Pogrome stattgefunden, „and these atrocities clearly reflected the widespread general anti-Semitism in Hungary“ (S. 260). Das Autoren-duo Gábor Kádár und Zoltán Vági vertritt dagegen die These, Antisemitismus habe hier kaum eine Rolle gespielt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung habe sich gleichgültig verhalten und in der (berechtigten) Hoffnung, aus der Enteignung und Ausweisung der Juden eigenen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, der antijüdischen Regierungspolitik nicht widersprochen: „only a very slim minority actually joined ranks with the merciless authorities that carried out these deportations“ (S. 283). Im Widerspruch dazu weisen die Vf. jedoch darauf hin, daß der gesamte öffentliche Verwaltungsapparat des Landes mit seinen über 200 000 Mitarbeitern sich an den antijüdischen Maßnahmen eifrig beteiligte (S. 263). Die Regierung plante, einen Teil des vom Staat dadurch eingestrichenen Gewinns in Gestalt von Sozialreformen auch an die (einfache) Bevölkerung weiterzugeben. Auch hier beteiligten sich die deutschen Besatzer tatkräftig an dem Raub, so daß „the organized plunder of Jews was the source of much greater conflict between the Hungarian and German authorities than was the deportation of a half million human beings“ (S. 277).

Der von den Hrsg.n versprochene zwischenstaatliche Vergleich ergibt sich leider zu meist nicht aus einem explizit komparativen Ansatz, sondern fast ausschließlich aus dem Nebeneinander von jeweils auf ein einziges Land fokussierten Untersuchungen. Überdies gehen die Beiträge von uneinheitlichen Vergleichsebenen aus, die teils sinnvollerweise auf sachthematischen, teils aber nur auf geographischen und teils auf gemischten Kriterien basieren. Dessenungeachtet ist der Sammelband als (Teil-)Überblick zu einer Geschichte des NS-Judenmordes aus „europäischem Blickwinkel“ informativ und nützlich.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

¹ Siehe zu einem Teilaspekt dieses Themas auch den Aufsatz von EDUARD NIŽŇANSKÝ über das erste „Judenlager“ 1939/40 in der Slowakei: Die Aktion Nisko, das Lager Sosnowiec (Oberschlesien) und die Anfänge des Judenlagers in Vyhne (Slowakei), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 11 (2002), S. 324-335.